

Resolution der Vollversammlung am 20. September 2023

Belasteter EU-Getreidemarkt erfordert Zuschuss für Ukraine-Getreideexporte durch die EU

Die Vollversammlung Landwirtschaftskammer Oberösterreich verurteilt den von Russland verursachten Krieg und bekennt sich dazu die Ukraine beim Export von Agrarrohstoffen zu unterstützen. Die von der EU eingerichteten „Solidaritätskorridore“ konnten nur in geringem Ausmaß dazu beitragen das Getreide in bisherige Exportländer - nach Nordafrika und in den Nahen Osten zu transportieren. Monat für Monat gelangen nun große Mengen an Getreide und jetzt im Herbst auch Mais, Raps, Sonnenblume und Soja in den europäischen Binnenmarkt und sorgen für Marktverwerfungen sowie sinkende Preise.

Der Preisabschlag zur MATIF-Börse in Paris beträgt so beispielsweise für österreichischen Weizen statt wie bisher 30 Euro je Tonne mittlerweile 50 bis 80 Euro je Tonne. Dies ist unter anderem auch eine Auswirkung des von Polen initiierten Transitabkommens, welches zollfreie, ukrainische Getreideimporte weiter nach Mitteleuropa transportiert. Damit ist auch die österreichische Landwirtschaft unmittelbar von finanziellen Einbußen bei den Erzeugerpreisen betroffen.

Der EU Prognosedienst MARS hat am 11.9. seine Prognose für die anstehende ukrainische Maisernte von 29 Millionen auf knapp 33 Millionen Tonnen deutlich angehoben. Dies erklärt auch den Exportdruck von Getreide um Lagerkapazitäten freizumachen. Der Verband der ukrainischen Getreidewirtschaft (UGA) geht davon aus, dass die Ukraine 2023/24 Insgesamt 16 Millionen Tonnen Weizen, 4 Millionen Tonnen Raps und 22 Millionen Tonnen Mais exportieren wird.

Ebenso erwartet die EU-Kommission 2023 eine Maisernte von 62 Millionen Tonnen und damit 10 Millionen Tonnen mehr als im Dürrejahr 2022. Während der europäische Markt wegen der schlechten Ernte 2022/23 Interesse an ukrainischen Maisimporten hatte, besteht im Wirtschaftsjahr 2023/24 nur wenig Aufnahmekapazität und bringt damit bereits im September die Maispreise unter Druck.

Nun wurde vom EU Agrarkommissar Wojciechowski vorgeschlagen mit einem Sonderbudget aus dem EU-Haushalt in Höhe von 600 Millionen Euro den Transport von insgesamt 20 Millionen Tonnen Getreide nach Afrika und Asien zu stützen. Man ist überzeugt, dass mit 30 Euro je Tonne Transportkostenzuschuss die ukrainische Ware statt in den EU Binnenmarkt in die Schwellen- und Entwicklungsländer exportiert werden kann.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene mit allem Nachdruck für die raschestmögliche Gewährung eines EU-Transportkostenzuschusses von 30 Euro je Tonne für ukrainisches Getreide einzusetzen, das über EU-Seehäfen in Schwellen- und Exportländer exportiert wird. Da die EU-Landwirtschaft

durch die vollständige Marktöffnung zur Ukraine ohnehin schon massiv belastet wird muss die Finanzierung dringend durch zusätzliche EU-Mittel erfolgen. Damit soll sichergestellt werden, dass ukrainische Getreideexporte nicht in der EU verbleiben, sondern tatsächlich ihre Zieldestinationen in den Entwicklungs- und Schwellenländern erreichen.